Die Geschichte der Schülermitverantwortung (SMV) in Baden-Württemberg

Von Thomas Heckmann und Volker Kupka

Heute erscheint es uns ganz selbstverständlich, dass es SMV an den Schulen gibt, dass wir SMV-Sitzungen machen, dass es Verbindungslehrerinnen, Verbindungslehrer, Schülersprecherinnen und Schülersprecher, einen Landesschülerbeirat und Schülervertreter im Landesschulbeirat gibt. Das war nicht immer so. Die Schülerinnen und Schüler haben sich ihr Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrecht an den Schulen hart erkämpft.

Wie war es denn früher?

Schulbehörde, Schulrat, Schulleiter, Lehrer ... bestimmten in der Schule. Oberstes Gebot waren Ordnung und Disziplin, die Schülerinnen und Schüler hatten sich dem unterzuordnen und das zu lernen, was man von ihnen erwartete. Folgendes Beispiel soll diese Sichtweise verdeutlichen.

***Anweisungen eines Schulrats, 1903*:**
„Damit jegliche Störung des Unterrichts unmöglich gemacht werde, hat der Lehrer... darauf zu halten: - dass alle Schüler... gerade... und in Reihen hintereinander sitzen... - dass jedes Kind seine Hände geschlossen auf die Schultafel legt... - dass die Füße parallel nebeneinander auf den Boden gestellt werden... - dass alle breiten Auseinandersetzungen und Reden wegfallen, - … hier muss ein Wink des Auges ... oder der einzige ... Ausruf: ‚Klasse - Achtung!' genügen, um die gesamte Schulordnung herzustellen."

(Quelle: C. Kehr, Wegweiser zur Führung einer geregelten Schuldisziplin, in Praxis der Volksschule. Gotha 1903, S. 65 ff, nach Zeitlupe 30, Bundeszentrale f. pol. Bildung, S. 8)

Wenn man dieses Zitat liest, weiß man erst, wie hart und steinig der Weg für all diejenigen gewesen sein muss, die sich für eine Schülermitbestimmung an unseren Schulen eingesetzt haben.

Die Geschichte der SMV in Baden-Württemberg begann nach dem Krieg

1945 Erster Versuch zur Beteiligung der Schülerinnen und Schüler an der Mitgestaltung des Schullebens im Rahmen des Wiederaufbaus. Vorbild waren die Landesschulheime von vor 1933 nach Kurt Hahn (1886-1974)

1952 Erste Zusammenkunft von Schülervertreterinnen und Schülervertretern aller deutschen Bundesländer in Bad Schwalbach.

1953 Zusammenkunft von Schülervertretern in Nürnberg auf Anregung und Kosten der Amerikaner.

20.01.1953 Erster SMV-Erlass in Baden-Württemberg, betreffend den Landesschulbeirat, Elternbeiräte und Schülervertretungen.

1955-1960 Phase der Stagnation. Überbewertung formaler Arbeit (Satzungsentwürfe, Geschäftsordnungen) und Auseinandersetzungen über die Bedeutung bildungstheoretischer Arbeiten im SMV-Bereich.

1960 In den meisten Bundesländern wird die SMV durch Erlasse und Richtlinien erneut verankert.

1962 Für die politisch desinteressierte Jugend wird das Fach „Gemeinschaftskunde“ eingeführt. Überregionale Institutionen entstehen wie z.B. „Junge Presse“, „Politischer Arbeitskreis Oberschulen“ (PAO) oder „Freundeskreis SMV“. Die Zeitschrift „Wir machen mit“ (erschien erstmals 1953) wird bundesweit bekannt.

1963 Kultusministerkonferenz-Empfehlung zur SMV. Friedrich Oetinger postuliert den Partnerschaftsgedanken in seinem Buch „Partnerschaft - Die Aufgabe der politischen Erziehung“. (Oetinger war das Pseudonym von Theodor Wilhelm (1906-2005)).

1966 APO (Außerparlamentarische Opposition), SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund) und radikale Schülergruppen beginnen sich zu formieren. Ein gängiger Spruch unter Schülern und Studenten war: „Unter den Talaren der Mief von 1000 Jahren.“ Bundestagung des Arbeitskreises SMV. Provozierende Thesen zur SMV von Prof. Carl Ludwig Furck (1923-2011), er schrieb u.a. „Das pädägogische Problem der Leistung in der Schule“ (1961) und „Das unzeitgemäße Gymnasium“ (1965).

1967 Beginn der Agitationen des SDS, Aufbau der radikalen Schülerorganisation „AUSS“ (Aktionszentrum Unabhängiger und Sozialistischer Schüler). Im Juni 1967 findet der Frankfurter Kongress des AUSS statt. Kampfansage gegen die SMV im Referat von Hans-Jürgen Haug am

18.06.1967: „Kann die SMV unsere Interessen vertreten?“. Im Sommer kommt es zu Unruhen in Berlin wegen des Schah-Besuchs und des Todes des Studenten Benno Ohnesorg. Die organisierten Verbindungslehrer Nordrhein-Westfalens postulieren das „Konfliktmodell“ auf ihrer Wochenendtagung am 01.11.1967 in Calw: „Konflikt und Konsensus in unserer Demokratie“.

16.02.1968 Tagung von Verbindungslehrern und Schülervertretern aus den in der ersten Tagung nicht berücksichtigten Landesteilen.

10.09.1968 Aufgrund der Ergebnisse und Resolutionen der SMV-Tagungen stellt das Kultusministerium (KM) den ersten Entwurf zu SMV-Richtlinien zur Diskussion.
1968 Im Herbst rufen radikale Schüler zum Schulstreik auf, bemalen Wände der Schulen mit Kampfparolen, bedrohen Schulleiter und Lehrer und tragen Diskussionen über außenpolitische Ereignisse in die Schulen. Die Schüler fordern ein politisches Mandat. Es herrscht eine permanente Verunsicherung der Gesellschaft.

08.12.1968 Die illegale Schülervertretung der Gymnasien Südbadens veranstaltet auf dem Herzogenhorn mit „Bürger im Staat“ (Vorgängerorganisation der Landeszentrale für politische Bildung) die Tagung „Autorität in der Schule“.

17.02.1969 Landesseminar des „Bürger im Staat“ in Stuttgart unter dem Motto „Warum protestiert die Jugend?“

10.07.1969 Das KM verfügt die Freistellung eines Gymnasiallehrers zur Feststellung der Vorstellungen über „mehr Demokratie an der Schule“, wie sie sich aus den Eingaben zum ersten Richtlinienentwurf zur SMV ergeben haben.

25.07.1969 Erste Tagung für Verbindungslehrer und Schülervertreter des Beruflichen Schulwesens in Calw.

1970 Im Frühjahr Beginn breiter Proteste und Demonstrationen der Schülerinnen und Schüler im Zusammenhang mit der Notstandsgesetzgebung. Beteiligung der Schüler an Roter-Punkt-Aktionen. Vom 12. - 25.02. kommt es zu Schülerstreiks in Mannheim, Heidelberg und Schwetzingen.

30.03.1970 Zweiter Entwurf der SMV-Richtlinien des KM fertiggestellt. Mehrheitsforderungen wurden hierin berücksichtigt.

April 1970 Schülerstreiks in anderen Landesteilen in Baden-Württemberg.

Mai / Juni 1970 Das KM informiert in Hearings die gewählten Schülervertreter der Gymnasien über den zweiten SMV-Richtlinien-Entwurf und den Numerus Clausus.

13.06.1970 Wochenendtagung der gewählten Schülersprecherinnen und Schülersprecher für das Abschlusshearing im KM in Stuttgart.

15.06.1970 Hearing im KM. Ab Juni bis August erfolgen Stellungnahmen der politischen Parteien des Landes zum zweiten Richtlinien-Entwurf des KM, und es werden Novellierungsvorschläge und Initiativgesetzentwürfe zum Schulverwaltungsgesetz eingebracht.

23.07.1970 Das KM verfügt durch Erlass die Einrichtung von Beratungsstellen für die SMV und veranlasst die Ernennung von SMV-Beauftragten an den Oberschulämtern.

25.08.1970 Das KM erlässt die „Vorläufigen Richtlinien zur SMV“ (K.u.U. Sondernummer 4/1970 vom 25.08.1970)

22.10.1973 Das KM veranlasst eine Fragebogenaktion an allen Schulen des Landes, um die Praktikabilität der SMV-Richtlinien und die praktische SMV-Arbeit zu ergründen.

1974 Bildung regionaler SMV-Bezirke und Durchführung regionaler SMV-Tagungen auf Stadt- bzw. Landkreisebene zwecks Verbesserung der SMV-Arbeit und Sicherstellung der Kontinuität. Jährliche Tagungen des Ministerium für Kultus und Sport (MKS) mit den SMV-Beauftragten und SMVReferenten der Oberschulämter mit Jahresberichten und Erfahrungsaustausch.

1976 Verordnung des Kultusministeriums über Einrichtung und Aufgaben der Schülermitverantwortung (SMV-Verordnung) und Verordnung des KM über Schülerzeitschriften.

1980 Jahrestagung der Landeszentrale für politische Bildung (Außenstelle Heidelberg) unter dem Motto „Jugend und Politik“ für Schülervertreter, Schülerzeitungsredakteure und Verbindungslehrkräfte. Die Landesschulbeiratsverordnung wird geändert, Schülervertreter werden in den Landesschulbeirat (LSB) berufen. Schülerstreik Freiburger Schülerinnen und Schüler wegen Störfällen im Kernkraftwerk Fessenheim.

1981 Bundestagung des Deutschen Arbeitskreises für Schülervertretung in der Staatlichen Akademie Calw. Thematik: „Soziales Lernen in der Schule“. Stellungnahme des Kultusministers Meyer-Vorfelder zum Thema „Schule und Bundeswehr“ auf der Tagung der Landeszentrale für politische Bildung in Karlsruhe. Die Veranstaltung wurde durch K-Gruppen (Sammelbezeichnung für eine Vielzahl politischer Gruppen, die sich seit Ende der 1960er-Jahre am chinesischen Marxismus-Leninismus (Maoismus) orientierten) gestört. In Calw fand ein Fortbildungslehrgang: „Die Betreuung von Schülerzeitungen“ statt.

1982 Meinungsaustausch der Schülervertreter im LSB mit Kultusminister Mayer-Vorfelder. Eine eigene Landesschülervertretung wird abgelehnt. Es gibt eine Anhörung von Schülervertretern Beruflicher Schulen zu Fragen der Korrektur der neugestalteten Oberstufe in der Staatlichen Akademie Calw. Die Fortbildungsveranstaltungen für Verbindungslehrer an den Staatlichen Akademien werden intensiviert. Auf der Bundestagung des Deutschen Arbeitskreises für Schülervertretung in Bad Liebenzell finden Beratungen über BAföG (Bundesausbildungsförderungsgesetz) und Länderberichte statt.

1983 Inkrafttreten eines neuen Schulgesetzes mit den Paragraphen zur SMV (§§62-70) sowie zu Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen (§90). In diesem Zusammenhang entstehen schwierige Tagungen für die SMV-Beauftragten und diskussionsüberladene SMV-Fortbildungsveranstaltungen in den Staatlichen Akademien. Vieldiskutiert wird der in §90 mögliche Schulausschluss.

1984 Intensive Informationsarbeit der SMV-Beauftragten und Verbindungslehrer, besonders auch im Hinblick auf Drogenprobleme. SMV-Fortbildungsveranstaltungen über „Praktische SMV-Arbeit“ mit Erfahrungsaustausch.

1985 Für die SMV ergeben sich neue Aufgaben im Zusammenhang mit außerunterrichtlichen Veranstaltungen wie z.B. Berlinfahrten, Fahrten an die Zonengrenze (Grenze zur ehemaligen DDR), Betriebsbesichtigungen, Wandertage etc. Neue Regelung bezüglich von Aushängen, Infos etc. am „Schwarzen Brett“ der SMV im Zusammenhang mit Werbung in der Schule. Fortbildungsveranstaltungen für Verbindungslehrer getrennt nach Schularten an den Staatlichen Akademien sehr erfolgreich, sogar Schulleiter nehmen daran teil.

1986 Seminare für Redakteure und Mitarbeiter von Schülerzeitschriften zeigen Erfolge, besonders an Vollzeitschulen. Die Anzahl der eingesandten Schülerzeitschriften für den Wettbewerb des Landes Baden-Württemberg ist gestiegen, die Inhalte sind besser geworden. Auf der Jahrestagung des MKS für SMV-Referenten und SMV-Beauftragte der Oberschulämter wurde eine vorgesehene Neuregelung mit Vereinfachungen empfohlen; die Realisierung erfolgte im darauffolgenden Schuljahr. Information über SMV in Österreich. Die Herausgabe eines SMV-Handbuchs wird gefordert.

1987 Die Vereine „Deutscher Arbeitskreis für Schülervertretungen e.V.“ und die „Gesellschaft zur Förderung deutscher Schülervertretungen e.V.“ wurden aufgelöst, weil das Ministerium für Bildung und Wissenschaft in Bonn keine Haushaltsmittel mehr zur Verfügung stellte. Das Erscheinen der „SV-Zeitschrift“ wurde eingestellt. (Die erste Ausgabe unter dem Titel „Wir machen mit“ erschien 1953, die Umbenennung in „SV-Zeitschrift“ erfolgte 1970). Es war das einzige Organ, das über die Entwicklung und Arbeit der SMV in den Bundesländern informierte.

1988 Die Arbeit der Schülervertreter im LSB intensiviert sich. Auf Einladung des Arbeitskreises für SMV und Schülerzeitschriften treffen sie sich nun alle 2 Monate an der Staatlichen Akademie Donaueschingen.

1990 Die Zahl der Schülervertreter im LSB wird von 8 auf 16 erhöht. Obwohl eine Landesschülervertretung nach wie vor abgelehnt wird, verstärkt sich doch wenigstens in diesem Bereich die Mitbestimmung der Schülerinnen und Schüler.

1992 Das Buch Rechte und Pflichten der SMV in Baden-Württemberg erscheint.

1993 Im 14. Landesschulbeirat wird erstmals ein Schülervertreter zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

1994 In Baden-Württemberg wird eine Landesschülervertretung eingeführt. Am 09.05.1994 treffen sich die 24 Mitglieder des Landesschülerbeirats (LSBR) zur konstituierenden Sitzung im Neuen Schloss in Stuttgart.

1995 Die zweite Auflage des Buches Rechte und Pflichten der SMV in Baden-Württemberg erscheint.

1996 Der zweite LSBR beginnt seine Tätigkeit und bereitet die Wahl der Schülervertreter in den LSB vor. Seit diesem Jahr wird ihre Zahl wieder auf 8 reduziert.
1998 Der dritte LSBR wird gewählt. Ab sofort dürfen auch Nichtmitglieder des Schülerrats zu Schülersprechern gewählt werden. Auf einer SMV-Arbeitstagung in Bad Boll wird der Schülernachrichtendienst (SND) zunächst als reine Fax-Kette gegründet, um den Informationsfluss zu verbessern. Er arbeitet aber schon bald als gymnasialer Schülerarbeitskreis am Regierungspräsidium Stuttgart.

2000 Schülerdemonstration mit über 1000 Teilnehmern auf dem Stuttgarter Schlossplatz gegen die Reformierung der gymnasialen Oberstufe.
Die SMV-Beauftragten geben gemeinsam ZIPP-ZAPP - das Handbuch für SMV und Jugendarbeit heraus.

2004 LSBR, SND und SMV-Beauftragte schlagen Möglichkeiten vor, wie SMV-Engagement im Rahmen der Gleichwertigen Feststellung von Schülerleistungen (GFS) eingebracht werden kann.

2005 Im Zuge einer Verwaltungsreform werden die vier Oberschulämter als Abteilung 7 (Schule und Bildung) in die Regierungspräsidien Freiburg, Karlsruhe, Tübingen und Stuttgart eingegliedert. Die Bücher Rechte und Pflichten der SMV in Baden-Württemberg und ZIPP-ZAPP - das Handbuch für SMV und Jugendarbeit werden überarbeitet und als CD-ROM herausgegeben.

2007 Der Landesschülerbeirat (LSBR) und der Schülernachrichtendienst (SND) geben das SMVHandbuch für Baden-Württemberg heraus.

2008 Auch im Regierungsbezirk Tübingen wird ein Schülerarbeitskreis Schülernachrichtendienst gegründet.

2013 Zweite Auflage der CD mit ZIPP-ZAPP und Rechte und Pflichten der SMV wird herausgegeben.

2014 Erhöhung der Zahl der Mitglieder im LSBR um 2 Vertreter der Schulen in freier Trägerschaft. Auf nachhaltiges Bestreben des LSBR wird die Drittelparität in der Schulkonferenz eingeführt.

2016 Weitere Erhöhung der Zahl der Mitglieder im LSBR um 4 Vertreter der Gemeinschaftsschulen.

2017 Die CD mit ZIPP-ZAPP und Rechte und Pflichten der SMV wird überarbeitet.

2019 Die SMV-Verordnung wird angepasst: Die Arbeit der Schülervertreter wird im Zeugnis ohne Wertung vermerkt, wenn der Schüler nicht dagegen widerspricht.